

# Französische Hochschulpolitik – Wandel durch Internationalisierung?

Michael Dobbins

---

Dieser Beitrag befasst sich mit den nationalen und internationalen Einflussfaktoren, die in den letzten 25 Jahren drei wesentliche Dimensionen des französischen Hochschulsystems – *politics*, *policies* und *polity* – geprägt haben. Das Augenmerk der Analyse richtet sich vor allem auf die unterschiedlichen Steuerungsinstrumente und Einflusspotentiale internationaler Organisationen, insbesondere der Europäischen Union und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sowie die Fähigkeit des Nationalstaats, Politikwandel hervorzurufen. Es wird gezeigt, dass die französische Hochschulpolitik in den letzten zehn Jahren von einem Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel geprägt ist. Einerseits lässt sich ein allmählicher Wandel hin zu mehr Autonomie und Wettbewerb für die Hochschulen feststellen, der aufgrund von Internationalisierungsprozessen wie dem Bologna-Prozess sowie dem unterdurchschnittlichen Abschneiden französischer Hochschulen bei internationalen Leistungsvergleichen intensiviert wurde. Andererseits hat das Festhalten an der bildungspolitischen Leitidee der Chancengleichheit in vielen Fällen die Reformdynamik ausgebremst.

---

## 1 Einleitung

In diesem Beitrag werden die neuesten Entwicklungen in der französischen Hochschulpolitik thematisiert. Vor dem Hintergrund zunehmender hochschulpolitischer Vernetzung und der immer wichtigeren Rolle von transnationalen hochschulpolitischen Plattformen haben sich die Rahmenbedingungen für die Gestaltung nationaler Hochschulpolitiken weitgehend geändert. Dies hat zur Folge, dass Hochschulsysteme zunehmend von ihrem internationalen Umfeld beeinflusst werden (*Martens/Jakobi 2007*). Beispielsweise hat sich der Bologna-Prozess als die Plattform für transnationale Koordination von Hochschulpolitiken etabliert und diverse Reformen nicht nur im Bereich der Hochschulabschlüsse, sondern auch im Hinblick auf Hochschulsteuerung, Qualitätssicherung und Finanzierung angestoßen (*Martens et al. 2010; Dobbins/Knill 2009*).

Ziel dieses Beitrages ist es, die Auswirkungen der internationalen Dimension auf die französische nationale Hochschulpolitik und insbesondere den Aspekt der Hochschulsteuerung theoretisch und empirisch zu erklären. Dabei wird auf das Konzept der *IO-Governance* zurückgegriffen. Laut *Martens et al. (2007; 2010)* lassen sich diverse Steuerungsmechanismen beobachten, welche internationale Organisationen (IOs)

einsetzen, um auf nationaler Ebene bildungspolitische Reformen anzustoßen. Die Förderung eines gemeinsamen Diskurses (*discourse dissemination*) kann als umfassendstes Steuerungsinstrument gelten. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen der Europäischen Kommission zu erwähnen, den Bologna-Prozess stärker mit dem Lissabon-Prozess zu verknüpfen, in dessen Rahmen sich die EU zum Ziel gesetzt hat, Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen (*Martens/Wolf 2006*). Vor diesem Hintergrund fordert die Kommission eine Vision für die Zukunft europäischer Universitäten, die weitgehend auf marktorientierten, unternehmerischen Prinzipien basiert.

Mit Politikkoordination (*coordinative activities*) wird die Fähigkeit internationaler Organisationen beschrieben, Politikprozesse durch das Zusammenbringen von Schlüsselakteuren zu steuern und damit die Umsetzung von Politikempfehlungen zu fördern. Der nationale Politikgestaltungsprozess wird auch durch die Herausarbeitung von gemeinsamen Standards, Normen und Zielvorgaben beeinflusst (*standard setting*). Das Konzept *governance by comparison* (*Martens 2007*) stellt eine besonders wichtige Form des *standard setting* dar. Internationale Organisationen sowie andere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen entwickeln vergleichende Standards zur Messung von Bildungsleistungen und -fortschritten, deren Ergebnisse auf nationaler Ebene häufig öffentliche Debatten anstoßen und konkrete politische Maßnahmen begründen. Solche internationalen Vergleiche, die ursprünglich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Sekundarbildungsbereich verwendet wurden (*de Olano et al. 2010*), haben sich in den letzten Jahren zunehmend als wichtiges Politikinstrument im tertiären Bildungsbereich etabliert (*Hazelkorn 2011*).

Die Transformationskapazität des Staates und des Hochschulsystems stellt jedoch eine wichtige Variable bei der Erklärung nationaler Reaktionen auf Internationalisierungsprozesse dar. Inwieweit ist der Staat in der Lage, Reformen politisch umzusetzen und korrigierend in das Hochschulsystem einzugreifen? Der innenpolitische Kontext kann die Richtung und Intensität nationaler Reaktionen auf internationale Impulse erheblich beeinflussen. Zwei wesentliche Bestimmungsgrößen von bildungspolitischer Transformationskapazität sind institutionelle Vetospieler sowie bildungspolitische Leitideen. Vetospieler (*Tsebelis 1995*) beeinflussen die Wahrscheinlichkeit des politischen Wandels aufgrund des formalen Aufbaus des Staatsapparats (legislative Kammern, Bürokration, Referenden usw.). Politikwandel ist umso wahrscheinlicher, je kleiner die Anzahl der Vetospieler und je näher deren Interessen und Präferenzen sind. Leitideen, die der Interpretation unterschiedlicher Sachverhalte dienen (*Scott/Meyer 1994*), beeinflussen ebenso die Transformationskapazität eines Bildungssystems. Solche Leitideen, wie beispielsweise soziale Gleichheit, Bildung als Humankapital, Humboldtismus, können politische Lernprozesse begünstigen oder erschweren und damit die Auswirkungen von Internationalisierungsprozessen konditionieren.

Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus dieser Analyse der französischen Hochschulpolitik nicht nur auf der Rolle internationaler Akteure, sondern auch darauf, wie internationale hochschulpolitische Stimuli institutionell „verdaut“ wurden. Die forschungsleitende Frage ist daher: Kommt es zu einem Wandel der französischen Hochschulpolitik im Zuge der Internationalisierung oder folgt Frankreich weiterhin primär eigenen Dynamiken? Dabei gilt es zu untersuchen (a) in welchen unterschiedlichen Dimensionen Veränderungen für das Politikfeld Hochschulpolitik zu beobachten sind, (b) ob der beobachtbare Wandel auf *IO-Governance* zurückzuführen ist und (c) wie sich dieser Wandel – moderiert durch nationale Transformationskapazitäten – vollzieht. Im Fokus stehen dabei Veränderungen in prozessualen Aspekten der hochschulpolitischen Konflikt- und Konsensbildung (*politics*), in hochschulpolitischen Institutionen, Strukturen und Normen (*polity*), sowie in *policy*-bezogenen Aspekten wie etwa der Rolle des Staates, der Autonomie der Bildungsträger, Finanzierungsfragen und Qualitätssicherung.

Im Folgenden wird zunächst das französische Hochschulsystem kurz umrissen. Dabei gilt es, die Akteurskonstellationen und strukturellen Aspekte der Hochschulpolitik, aber auch die historisch verwurzelten Bildungstraditionen und Leitprinzipien darzustellen. Anschließend werden die hochschulpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre beschrieben, zuerst ohne Bezug zum transnationalen Kontext und danach im Hinblick auf Internationalisierungsprozesse. Vor dem geschilderten institutionellen und politischen Hintergrund – hohe Handlungskapazität des Staates, hoher Mobilisierungsgrad der Reformgegner, Skepsis gegenüber internationalen Vergleichen und marktorientierten Lösungen – ist im französischen Fall eine eher verhaltene Reaktion auf Internationalisierungsprozesse zu erwarten. Diese Annahme wird in der empirischen Analyse anhand der gegenwärtigen hochschulpolitischen Reformen überprüft. Zum Schluss wird wieder auf den politikwissenschaftlichen Erklärungsrahmen Bezug genommen, um das Zusammenspiel zwischen nationalen und internationalen Faktoren aufzuzeigen.

## **2 Das französische Hochschulsystem: Struktur, Grundprinzipien und politischer Kontext**

Der Fall Frankreich ist von besonderem Interesse, weil das Land aufgrund einiger historischer und institutioneller Eigenarten als wichtiger europäischer Sonderfall gelten kann. Dennoch liegen bisher nur wenige theoriegeleitete systematische Analysen zur französischen Hochschulpolitik vor (siehe Witte 2006; Musselin/Paradeise 2009). Bis in die 1960er Jahre hinein war das französische Hochschulsystem durch zwei als paradox erscheinende Phänomene gekennzeichnet: Staatszentriertheit und strukturelle Zergliederung. Die Zentralisierung des Systems kam vor allem in der Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse und Lehrinhalte sowie der institutionellen Strukturen und rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausdruck (*Aust/Crespy 2009: 926*). Die strukturelle Fragmentierung des Systems spiegelte sich in der Abwesenheit

von multidisziplinären Universitäten als übergreifende Institutionen wider. Die Forschungsaktivitäten wurden in den *grands établissements* konzentriert, während die zergliederten *facultés* im Schatten der finanziell besser ausgestatteten, prestigereichen *grandes écoles* standen.

Doch angesichts drastisch steigender Studierendenzahlen setzte sich Mitte des 20. Jahrhunderts die Erkenntnis durch, dass das System modernen Herausforderungen nicht mehr gerecht werde. Mit dem *Loi Faure* (1968) – dem ersten Hochschulgesetz seit mehr als einem Jahrhundert – wurden die Universitäten als Gesamtinstitutionen wieder gestärkt. Dennoch blieb ihre Autonomie weiterhin stark eingeschränkt. Auch das Savary-Gesetz aus dem Jahr 1984, das die Universitäten in rechtlicher Hinsicht zu „wissenschaftlichen, kulturellen und berufsbezogenen Einrichtungen“ machte, brachte keine grundlegenden Veränderungen mit sich, so dass man immer noch von einer „halbherzigen“ Autonomie sprechen konnte.

Auch im Hinblick auf die komplexe Struktur und Gliederung des Hochschulwesens kann Frankreich als europäischer Sonderfall gelten<sup>1</sup>. Allgemein wird zwischen Universitäten, *grandes écoles* und *écoles spécialisées* unterschieden. Während Universitäten seit der Faure-Reform (1968) ein breites Spektrum an Fachbereichen vereinen und keine Zulassungsbeschränkungen haben, handelt es sich bei den *grandes écoles*<sup>2</sup> um spezialisierte Elite-Institute, die das Bestehen einer Zulassungsprüfung (*concours*) voraussetzen und nur Masterstudiengänge anbieten.

## 2.1 Steuerungsstrategien und Leitideen

Frankreich kann als semi-präsidentielle Demokratie bezeichnet werden (*Ismayr 1997: 15*). Ähnlich wie präsidentielle Systeme haben semi-präsidentielle Systeme einen direkt gewählten Präsidenten, der eine wichtige Rolle bei der Regierungsbildung einnimmt. Doch im Gegensatz zum reinen Präsidentialismus darf auch das Parlament über die Regierung mitentscheiden und die Regierung das Tagesgeschäft des Parlaments stark beeinflussen (*Abromeit/Stoiber 2006: 103*). An der Spitze der Exekutive stehen zwei Personen, der Präsident und der Regierungschef. Es kann auch durchaus vorkommen, dass der Staatspräsident und der Regierungschef (*Premier Ministre*) entgegengesetzten politischen Lagern angehören und dass dem Präsidenten damit keine eigene Mehrheit im Parlament (*Assemblée Nationale*) zur Verfügung steht (*Abromeit/Stoiber 2006: 104*). In solchen Fällen (*cohabitation*) ist nicht nur von einem besonders schwierigen Konsensfindungsprozess, sondern auch von häufigen präsidentiellen Vetos

<sup>1</sup> Für einen sehr ausführlichen Überblick über die Entwicklungen im Bereich der Studienstrukturen siehe *Witte (2006)*.

<sup>2</sup> Die Ausbildung dauert in der Regel vier bis fünf Jahre. Die *École Nationale d'Administration* (ENA), *Polytechnique* und die *École des Hautes Études Commerciales* gelten als besonders prestigeträchtig.

beziehungsweise verwässerten Reformen auszugehen. Im Falle des *fait majoritaire*, d. h. wenn Regierungschef und Präsident aus derselben Partei stammen, die gleichzeitig auch über die parlamentarische Mehrheit verfügt, kann man in Frankreich von einer höheren Wahrscheinlichkeit von Politikwandel ausgehen (*Tsebelis 1995*). Dies ist seit dem Jahr 2002 der Fall, also fast während der gesamten Ära zunehmender Internationalisierung der Hochschulpolitik.

Jenseits der günstigen legislativen Voraussetzungen für politische Reformen kann die hohe hochschulpolitische Handlungskapazität der französischen Regierung auch durch einen weiteren wichtigen Faktor erklärt werden: Die starke Zentralisierung des Bildungssystems. Diese ist im Einklang mit der Tendenz zur politischen Vereinheitlichung und zentralstaatlichen Steuerung: Trotz Trends zur Regionalisierung und Verstärkung subnationaler Verwaltungen in den letzten Jahren herrscht nach wie vor ein gesellschaftlicher Konsens, dass Frankreich eine einheitliche Nation sei, in der die Zentralregierung den Volkswillen verkörpert, der durch subnationale bürokratische Institutionen im Auftrag des Zentralstaates umgesetzt werde (*Edwards/Hupe 2000: 129–131*). Mit dieser staatszentrierten Politikformulierung verkörpert Frankreich das von Katzenstein beschriebene Prinzip der politischen Konzentrierung (*Katzenstein 1976: 15*), was sich in der hohen exekutiven Handlungskapazität des Zentralstaates widerspiegelt.

Dennoch argumentieren Musselin/Paradeise (*2009: 22–23*), dass ein allzu starker Fokus auf der Zentralisierung des Hochschulwesens zu kurzfristig sei, da das System auch sehr erheblich von der akademischen Gemeinschaft mitbestimmt werde. Zum einen pflegen einflussreiche Fakultätsvertreter enge Beziehungen mit dem Bildungsministerium (*Friedberg/Musselin 1993*), so dass man eher von einer zentralisierten „*co-administration*“ (auch *co-gestion; co-management*) hochschulpolitischer Angelegenheiten sprechen kann als von übergreifender staatlicher Kontrolle. Ein besonders wichtiges Bindeglied zwischen dem Staat und der akademischen Gemeinschaft ist der CNESER (*Conseil national de l'enseignement supérieur et de la recherche*).<sup>3</sup> Zum anderen zeichneten sich die Hochschulen bis vor kurzem auch durch die Abwesenheit einer starken exekutiven Leitungsebene aus und orientierten sich am akademischen Kollegialitätsprinzip.

Das französische Hochschulsystem unterscheidet sich von anderen westeuropäischen Systemen auch im Hinblick auf die ihm zugrunde liegenden Leitideen. Das tief verwurzelte Prinzip der Gleichheit (*égalité*) bedeutete bisher eine starke Abneigung gegenüber Wettbewerb zwischen Bildungsträgern. Historisch wird der Zentralstaat als Garant für die soziale Gleichheit und Gerechtigkeit betrachtet, was bisher in vielen

---

<sup>3</sup> Diese Einrichtung setzt sich aus Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen sowie Verwaltungsangestellten zusammen und muss bei allen wichtigen hochschulpolitischen Entscheidungen des Ministeriums eingebunden werden, besitzt aber nur eine beratende Funktion (*Chevallier 2007*).

Fällen zur Folge hatte, dass Versuche, Hochschulen eine stärkere Autonomie und damit Möglichkeiten zur institutionellen Differenzierung zu gewähren, starken Widerstand hervorriefen. Besonders bemerkenswert ist der für Außenstehende als paradox erscheinende Dualismus zwischen dem tief verwurzelten Prinzip der *égalité* (Gleichheit) und dem faktischen elitären Charakter zahlreicher Aspekte des Bildungs- und Hochschulsystems. Einerseits soll der Staat durch eine dirigistische staatliche Steuerung gleiche Rahmenbedingungen für alle Bildungsträger (z. B. Hochschulzulassung und Finanzierung) und damit gleiche Chancen für alle Bildungsteilnehmer schaffen (Schraeder 2008: 7). Andererseits belegen sowohl interne als auch externe Studien, dass das Bildungssystem stark darauf ausgerichtet ist, eine nationale Elite zu bilden (Baudelot/Establet 2009). Insbesondere die institutionelle Trennung zwischen *grandes écoles* und Universitäten fördert strukturelle Ungleichheiten, da *grandes écoles* finanziell stark privilegiert werden und damit eine weitaus höhere Qualität der Bildung gewährleisten können (Aghion/Cohen 2004: 136).

Der Politikgestaltungsprozess und damit auch die Transformationskapazität des Landes werden auch durch den beispiellos hohen Mobilisierungsgrad von Reformgegnern und Gewerkschaften sowie die ausgeprägte Streikkultur beeinflusst. Das häufige Phänomen landesweiter Streiks lässt sich teilweise damit erklären, dass ein Großteil der französischen Akademiker (*enseignants* und *enseignants-chercheurs*) – zusammen mit Lehrern im Sekundarbildungswesen – unbefristete Angestellte des Bildungsministeriums sind und damit einen hohen Grad an Arbeitsplatzsicherheit genießen (siehe Chevaillier 2001). Seitens der Akademiker werden häufig Streiks als Taktik verwendet, um die bestehenden Opportunitätsstrukturen aufrechtzuerhalten (d. h. starke Bindung der Universitäten und Schulen an den Staat, Einfluss vor Ort durch „*co-administration*“, Arbeitsplatzsicherheit) und jegliche Form von „Entstaatlichung“ des Bildungswesens zu verhindern. Im Falle der linksgerichteten politischen Kräfte kann man zusätzlich von einer reflexartigen Angst vor vermeintlich neoliberalen, marktradikalen Reformen sprechen (McKenzie 2009: 56). Die historisch stark verankerte Rolle des Staates hat dazu geführt, dass auch wohlwollende Reformen, die auf Bürokratieabbau, Autonomie und Wettbewerb zielen, häufig als Angriff auf das Prinzip der *égalité* interpretiert werden. Diese schwierige Konstellation und die fast legendären landesweiten Streiks im öffentlichen Dienst, wovon das Bildungssystem ein integraler Bestandteil ist, verringern die Handlungskapazität des Staates trotz günstiger institutioneller Voraussetzungen für Reformen.

Ferner muss davon ausgegangen werden, dass ein durch internationale Impulse angestoßener Politikwandel ein gewisses Maß an Offenheit für *policy learning* und Politiktransfer voraussetzt. Frankreich wurde bisher jedoch ein eher geringes Interesse an internationalen Leistungsvergleichen und Lösungen aus anderen Ländern attestiert (Musselin/Paradeise 2009: 45). Auch die unterdurchschnittlichen Ergebnisse bei

internationalen Leistungsvergleichen werden häufig mit einem Verweis auf die Sonderstellung des Landes (*particularisme français*) erklärt.

Aufgrund dieser reformhinderlichen Faktoren (Festhalten an Leitideen, hoher Mobilisierungsgrad der Reformgegner) und der reformförderlichen Faktoren (zentrale Steuerungskapazität, klare Mehrheitsverhältnisse) kann man die bildungspolitische Transformationskapazität Frankreichs als eher mäßig einstufen. Damit verknüpft sich für die letzten ca. zehn Jahre die Erwartung eines moderaten Wandels. Bevor diese Erwartung anhand der gegenwärtigen Entwicklungen geprüft werden kann, richtet sich zunächst der Blick kurz auf die hochschulpolitischen Entwicklungen der 1980er und 1990er Jahre.

## 2.2 Reformen des Hochschulwesens ab 1985

Bereits in den 1980er Jahren kam es zu einigen wesentlichen Veränderungen, die darauf abzielten, das Hochschulsystem dynamischer und anpassungsfähiger zu gestalten. Mit dem Savary-Gesetz (1984) bekamen die französischen Universitäten zwar neue Rechte, hatten aber nach wie vor einen sehr geringen Handlungsspielraum. Mit der Ernennung Lionel Jospins zum Bildungsminister (1988) wurde jedoch eine neue Reformphase eingeläutet, die sich vor allem auf die Steuerung der Hochschulen und das Verhältnis zwischen den Universitäten, dem Staat und ihrem sozioökonomischen Umfeld auswirkte. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die neue Politik der *contractualisation*, die vorsah, dass ca. fünf bis zehn Prozent der Universitätshaushalte auf der Grundlage von Vierjahresverträgen (*contrats quadriennaux*) mit dem Staat finanziert werden sollten. Die Universitäten wurden aufgefordert, strategische Entwicklungspläne mit Zielvorgaben für die nächsten vier Jahre zu entwerfen. Diese Strategie führte einerseits zu einer aktiveren Rolle von Universitätspräsidenten, die mit der Festlegung von Prioritäten beauftragt wurden. Andererseits wurde die Bedeutung von universitätsinternen Entscheidungsgremien, die bisher eher für ihre vorbehaltlose Zustimmung zu Regierungsmaßnahmen bekannt waren, immer wichtiger (*Musselin/Paradeise 2009: 28*).

Innerhalb des Bildungsministeriums wurde mit der *Direction de la programmation et du développement universitaire* (DPDU) eine neue Abteilung eingerichtet, die sich explizit mit Fragen der Hochschulsteuerung und -planung sowie der Implementation neuer vertragsbasierter Prozeduren und Maßnahmen befusste (*Musselin/Paradeise 2009: 25–26*). Darüber hinaus wurde die DPDU mit der Koordination des 1990 initiierten Programms *Université 2000* beauftragt, welches neben der *contractualisation*-Politik und der damit verbundenen administrativen Stärkung der Universitäten eine weitere wichtige hochschulpolitische Neuerung in der „Vor-Bologna-Phase“ einläutete. Das Programm sollte zusätzlich zur Erhöhung der Studierendenzahlen und Stärkung

der Hochschulen außerhalb der Metropolen zu einer effektiveren Einbindung regionaler und lokaler Behörden sowie Wirtschaftsunternehmen in hochschulpolitische Planungsprozesse führen. Im selben Zeitraum wurde ein neues staatliches Programm – *Université du troisième millénaire* – lanciert, welches auch die Beteiligung der Regionen und lokaler Behörden bei der Finanzierung der Hochschulen und von Forschungsprojekten vorsah (Quinio 1998).

Der Steuerungsmodus der französischen Hochschulpolitik veränderte sich insgesamt weg von hierarchischer Steuerung (*pilotage central*) hin zu einem neuartigen polyzentrischen und horizontalen Politikgestaltungsmuster (INPR 2005: 41; Musselin/Paradeise 2009). Zwar waren in diesem Zeitraum erste Anzeichen einer stärkeren Markt- und Wettbewerbsorientierung zu erkennen. Dennoch verfügten die französischen Universitäten im Vergleich zu den angelsächsischen und nordeuropäischen Ländern nach wie vor über eine sehr eingeschränkte Finanz- und Personalautonomie. Außerdem muss hervorgehoben werden, dass fast ausschließlich der Zentralstaat als Impulsgeber für die bisherigen Reformen fungiert hat. Das heißt, erst durch intensive staatliche Lenkungsversuche erhielten die Universitäten mehr Entscheidungskompetenzen.

### **3 IO-Governance und die Internationalisierung des französischen Hochschulsystems**

Hat die zunehmende Internationalisierung des Politikfelds der französischen Hochschulpolitik, die bisher wenig von externen Entwicklungen geprägt wurde, eine neue Stoßrichtung verliehen? In diesem Abschnitt werden drei Reformwellen besprochen: 1) die Umsetzung der Bologna-Empfehlungen, 2) weitere Reformen im Bereich der Hochschulsteuerung und 3) die Reformen der Sarkozy-Regierung (sog. *Pécresse-Reformen*). Dabei soll gezeigt werden, dass der hochschulpolitische Reformkurs der letzten zehn Jahre nicht ausschließlich von der Bologna-Reform beeinflusst wurde, sondern in hohem Maße auch von der Transnationalisierung des Politikfeldes und den dadurch ausgelösten Ängsten vor dem Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

#### **3.1 Frankreich und Bologna**

Was die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes angeht, war Frankreich von Anfang an ein wichtiger Impulsgeber (Schraeder 2008: 6; Witte 2006). Trotz der Reformbemühungen seiner Vorgänger bangte Bildungsminister Claude Allègre Mitte bis Ende der 1990er Jahre um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des französischen Hochschulwesens, das seiner Auffassung nach zu stark darauf ausgerichtet war, eine nationale Verwaltungselite auszubilden. Vor allem wegen der institutionellen Bevorzugung der *grandes écoles* und der mangelnden Synergien zwischen den



Universitäten und anderen Hochschultypen wurde der Forschung zu wenig Raum geboten, so der Minister. Vor diesem Hintergrund setzte sich Allègre zum Ziel, die „forschungshemmende“ Diskrepanz zwischen Universitäten und *grandes écoles* zu verringern (Witte 2006: 272). Allègre nutzte dann die Feier zum 800-jährigen Bestehen der Sorbonne, um sein Reformvorhaben in einen breiteren europäischen Kontext zu stellen. Mit der Unterzeichnung der Sorbonne-Erklärung (1998) durch Allègre und seine Amtskollegen aus Deutschland, Italien und Großbritannien wurde der Grundstein für eine stärkere europäische Kooperation im Hochschulschulbereich gelegt (Witte 2006: 274; Ravinet 2007). Damit sollten einerseits die bisher recht unübersichtlichen Abschlusstrukturen vereinfacht und andererseits die Reform mit Verweis auf die europäische Entwicklung hin zu einem zweistufigen System (*undergraduate* und *graduate*) legitimiert werden.

Obwohl an dieser Stelle nicht alle Entwicklungen in der durchaus komplizierten französischen Hochschularchitektur besprochen werden können<sup>4</sup>, kann konstatiert werden, dass es zu einer wechselseitigen Beeinflussung der französischen und europäischen Reformen kam. Frankreich gestaltete den Bologna-Prozess von Anfang an aktiv mit – augenscheinlich mit dem langfristigen Ziel, sein eigenes innenpolitisches Reformvorhaben hinsichtlich der Vereinfachung der Struktur des Hochschulwesens<sup>5</sup> zu erreichen. Dabei instrumentalisierte das Bildungsministerium den europäischen Prozess als Koordinationsplattform zur Setzung internationaler Standards, um zusätzliche Legitimität für die internen Hochschulreformen zu mobilisieren. Mit anderen Worten: Französische Bildungspolitikern versuchten durch das aktive Vorantreiben des Bologna-Prozesses ein zusätzliches europäisches Gelegenheitsfenster (*window of opportunity*) zu schaffen, um ihre nationalen Reformpläne trotz Widerständen zu verwirklichen (Witte 2006).

Der Bologna-Prozess läutete nicht nur das Ende der introvertierten Haltung französischer Hochschulpolitiker ein, sondern hatte offenkundig auch Auswirkungen auf den Politikstil. Im Unterschied zu bisherigen Entscheidungsprozessen, die eher durch dirigistische vertikale staatliche Steuerung geprägt waren, zeichnete sich in der französi-

---

<sup>4</sup> Für detaillierte Beschreibungen siehe Witte (2006); Ravinet (2007)

<sup>5</sup> Bis vor einigen Jahren gliederten sich die Studienphasen an Universitäten in drei Zyklen, die auf der Anzahl der Studienjahre nach dem *baccalauréat* beruhten. Der erste „Zyklus“ (*première cycle* = *baccalauréat* + 2 Jahre Hochschulstudium) konnte mit einem *diplôme d'études universitaires générales* (DEUG) oder einem *diplôme d'études universitaires scientifiques et techniques* (DEUST) abgeschlossen werden. Der darauf folgende und zwei Jahre dauernde *deuxième cycle* (= *baccalauréat* + 4 Jahre) wurde mit dem *licence* abgeschlossen. Nach einem erfolgreich abgeschlossenen dritten Zyklus (= *baccalauréat* + mindestens 5 Jahre Hochschulstudium) wurden unterschiedliche Varianten des *maîtrise* verliehen. An den *grandes écoles* wurden überwiegend erst nach fünf Jahren berufsqualifizierende Abschlüsse verliehen. Mit einem Dekret (*Décret no. 2002-481, 2002*) wurde die auf europäischen Referenzmodellen basierende neue Struktur *licence, master* und *doctorat* (LMD) empfohlen. Die meisten Hochschulen verpflichteten sich in ihren Vierjahresverträgen mit dem Bildungsministerium (*contrats quadriennaux*), die neuen Abschlusstrukturen einzuführen (Kaiser 2007).

schen Hochschulpolitik im Zuge des Bologna-Prozesses eine Verschiebung hin zu *soft governance*-Mechanismen ab. Statt den Hochschulen von oben Reformprojekte aufzuzwingen, bediente sich der Staat zunehmend ausgerechnet der Steuerungsstrategie, die sich während des Bologna-Prozesses auf transnationaler Ebene etablierte, d. h. einer Strategie basierend auf Kommunikation, dem gemeinsamen Austausch von *best practices* und vor allem der zwangsfreien Übernahme von empfohlenen *Policies* (Musselin 2009: 190). Beispielsweise durften die Hochschulen zunächst selber entscheiden, inwieweit sie sich an die neue LMD-Struktur (*licence, master, doctorat*) anpassen, wobei die Einführung interner Qualitätssicherung und des ECTS<sup>6</sup> obligatorisch wurde.

Zusätzlich zur Reform der Studienstrukturen zog der Bologna-Prozess zwei weitere nennenswerte Neuerungen mit sich, die mit innenpolitischen Reformzielen gut übereinstimmten. Ab 2000 wurde die Einrichtung von *écoles doctorales* – d. h. themenspezifischen Graduiertenkollegs – für alle Hochschulen obligatorisch, die dem Bildungsministerium<sup>7</sup> unterstehen (Musselin/Paradeise 2009), was die Forschungskomponente an französischen Universitäten deutlich verstärkte. Auch der Bereich der Qualitätssicherung befindet sich im Zuge des Bologna-Prozesses in einer Phase des institutionellen Wandels. Mit der Einrichtung der *Agence de l'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur* (AERES) im Jahr 2007 wurden die bisher für unterschiedliche Hochschultypen zuständigen Evaluationsbehörden in einer neuen einheitlichen Institution zusammengeführt. Auffällig bei dieser neuen Einrichtung, die für die externe Evaluierung von Studiengängen, Hochschulen sowie Forschungsinstituten (siehe unten) zuständig ist, ist die Tatsache, dass sie sich nicht nur aus französischen und internationalen Akademikern und Forschern zusammensetzt, sondern auch aus Studierenden, Vertretern der Hochschulleitung und des nationalen Forschungszentrums (*Centre national de la recherche scientifique*). Durch eine starke Orientierung an den *European Standards and Guidelines für Qualitätssicherung*<sup>8</sup> versucht das Gremium, vom historischen französischen Modell der kontrollorientierten Evaluierung der Hochschulen durch das Ministerium wegzukommen und verstärkt akademische „Produkte“ (z. B. Leistungen in Forschung und Lehre, Studienangebot, Zufriedenheit der Studierenden/Qualität des Studiums, Umgang mit Personalressourcen) zu evaluieren.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> European Credit Transfer System

<sup>7</sup> ab 2007 Hochschul- und Forschungsministerium (MESR)

<sup>8</sup> Es findet sogar eine unabhängige Evaluation von AERES durch europäische Experten statt.

<sup>9</sup> Dies geschieht im Rahmen von umfassenden Evaluationsberichten, die im Vier-Jahres-Takt veröffentlicht werden.

### 3.2 Über Bologna hinaus: Internationale Leistungsvergleiche als treibende Kraft für Reformen

Während der Umsetzung der neuen Abschlussstrukturen versuchte das Bildungsministerium seinen Reformkurs energisch fortzuführen und schlug weitere Reformmaßnahmen hinsichtlich der internen Hochschulsteuerung vor. Das vom neuen Bildungsminister Luc Ferry vorgelegte *loi de modernisation universitaire* zielte darauf ab, den Universitäten eine größere Finanz- und Personalautonomie zu gewähren und zugleich deren Rechenschaftspflichten zu erhöhen. Das Reformpaket, welches auf den Prinzipien *autonomie des enseignements* (Autonomie in der Lehre) und *autonomie de gestion* (Autonomie in Verwaltungsangelegenheiten) aufgebaut war, stieß jedoch auf erbitterten Widerstand seitens der Studierendengewerkschaften – und dies, obwohl die für die Universitäten vorgesehenen Selbstverwaltungskompetenzen weitaus geringer ausgefallen wären als in vielen anderen europäischen Ländern. Während des Reformversuchs kam das für Frankreich typische Gleichheitsethos erneut stark zum Vorschein. Seitens der Reformgegner wurde argumentiert, dass das relativ zurückhaltende Gesetz ein „neoliberales Komplott“ sei, welches darauf abziele, einen ungezügeltten Wettbewerb zwischen den Universitäten zu begünstigen und das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Abschlüsse (*diplôme national*) zu untergraben (Frigout 2003). Konkret herrschte unter verschiedenen Studierendengewerkschaften die Angst, die Universitäten würden nunmehr ihre eigenen Lehr- und Forschungsinhalte definieren, was zur Folge hätte, dass unterschiedliche Abschlüsse von künftigen Arbeitgebern unterschiedlich bewertet werden würden. Trotz der Unterstützung der *Conférence des Présidents d'Universités* entschied sich das Ministerium, das Reformprojekt aufzugeben, um eine weitere Eskalation der Konflikts zu vermeiden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der Bologna-Prozess allein keine Transformation der tief verankerten historischen hochschulpolitischen Traditionen in Frankreich hervorbrachte. Zwar wurde die neue LMD-Struktur konsequent weiter implementiert, aber der Bereich der Hochschulsteuerung blieb bis Mitte des Jahrzehnts relativ veränderungsresistent. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Hochschulwesen von einem weiteren „Nebenprodukt“ der Internationalisierung der Hochschulpolitik wachgerüttelt: Dem weit unterdurchschnittlichen Abschneiden französischer Hochschulen bei internationalen Leistungsvergleichen. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts neigten französische Hochschulpolitiker dazu, das Hochschulwesen in einem rein nationalen Kontext wahrzunehmen. Doch der mit dem Bologna-Prozess direkt verflochtene Lissabon-Prozess regte französische Bildungspolitiker an, das System aus einer stärker wettbewerbsorientierten, internationalen Perspektive zu analysieren (McKenzie 2009: 9).

Das im Jahre 2003 veröffentlichte *Academic Ranking of World Universities* (sog. Shanghai-Ranking) war der erste einer langen Reihe internationaler Leistungsvergleiche, die den Problemdruck auf französische Bildungspolitiker erhöhten und zu einem allmählichen Paradigmenwechsel hin zu einem stärker wettbewerbsorientierten Verständnis von Hochschulpolitik beitrugen. Im ersten Shanghai-Ranking 2003 rangierte nur eine französische Universität (*Paris-Sud*) unter den Top 100, und auch in den Folgejahren waren französische Hochschulen weiterhin selten in der Rangliste zu finden.<sup>10</sup> Zwar ist die Aussagekraft internationaler Rankings in Frankreich nach wie vor umstritten (*Dalsheimer/Despréaux 2008*), aber das kontinuierlich schlechte Abschneiden bei allen wichtigen internationalen Hochschulrankings sorgte für weiteren Zündstoff in bildungspolitischen Kreisen und in der Öffentlichkeit (*Baty 2010*). Im *Times Higher Education*-Ranking erreichte beispielsweise nur eine *grande école* (*École Polytechnique*) und keine einzige französische Universität einen Platz unter den Top 100. Auch in der Aufschlüsselung nach Fachrichtungen im Shanghai-Ranking 2007 lag Frankreich erneut weit hinter den USA, Großbritannien, der Schweiz, den Niederlanden, Schweden und Deutschland zurück (*Dalsheimer/Despréaux 2008: 8*).<sup>11</sup> Das unterdurchschnittliche Abschneiden französischer Universitäten im Bereich der Naturwissenschaften und Mathematik wurde nochmal durch das *CHE-Excellence-Ranking* bestätigt, denn Frankreich hatte weitaus weniger Universitäten in der Exzellenzgruppe als viele kleinere europäische Länder.<sup>12</sup>

Trotz legitimer Kritik an den bisherigen internationalen Leistungsvergleichen gibt es starke Indizien, dass sich *governance by comparison* (*Martens 2007*) – ein mit dem Konzept des transnationalen *standard setting* eng verknüpftes Phänomen – zunehmend als wichtiges Instrument der französischen Hochschulpolitik etabliert. Erstens wurde der Senat damit beauftragt, einen Bericht zu internationalen Leistungsvergleichen zu erstellen und den Faktoren für das schlechte Abschneiden Frankreichs auf den Grund zu gehen. Dabei forderten die Autoren des Berichts die Einrichtung eines neuen europäischen Ranking-Systems, das die vermeintlichen Stärken europäischer Universitäten hervorhebt, sowie den Ausbau von verlässlichen Daten zur Qualitätssicherung (*McKenzie 2009: 46*). Mit anderen Worten: Frankreich versuchte den Prozess

<sup>10</sup> 2004: Paris 6 -Pierre et Marie Curie (Platz 41); Paris-Sud (Platz 48); Université de Strasbourg (Platz 82); École Normale Supérieure (Platz 85); 2005: Paris 6 -Pierre et Marie Curie (Platz 46); Université de Strasbourg (Platz 92); École Normale Supérieure (Platz 93); 2006: Paris 6 -Pierre et Marie Curie (Platz 45); Paris-Sud (Platz 64); École Normale Supérieure (Platz 99);

<sup>11</sup> siehe <http://ed.sjtu.edu.cn/ARWU-FIELD2008.htm>

<sup>12</sup> Die schlechten Ergebnisse Frankreichs lassen sich teilweise durch einige strukturelle Eigenarten des Hochschulwesens erklären. Forschende Wissenschaftler werden häufig gleichzeitig an einer Universität und am *Centre national de la recherche scientifique* (CNRS) beschäftigt. Bei Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften wird in den meisten Fällen das weltweit renommierte CNRS als Arbeitgeber angegeben. Die starke pädagogische und praktische Orientierung der gut ausgestatteten *grandes écoles* führt außerdem dazu, dass diese bei forschungsrelevanten Indikatoren nicht gut abschneiden. Beobachter sehen einen weiteren Nachteil darin, dass vorwiegend englischsprachige Fachzeitschriften zur Messung der Forschungsleistungen der Universitätsangehörigen herangezogen werden (*siehe McKenzie 2009: 46*).

des transnationalen *standard setting* im Sinne der eigenen Stärken mit zu gestalten, um anschließend in einem besseren Licht da zu stehen. Zweitens hatte der „Shanghai-Schock“ (Schraeder 2008) – zusammen mit einer Reihe anderer Faktoren – starke Auswirkungen auf die französische Hochschulpolitik. Das vergleichsweise schlechte Abschneiden französischer Universitäten bestärkte Bildungspolitiker in ihrer Überzeugung, dass ein wirtschaftlicher und wettbewerbsorientierter Ansatz mit einer stärkeren Berücksichtigung internationaler Entwicklungen vonnöten sei (Baty 2010).

Der Diskurs um Bildung als Schlüsselfaktor für Humankapital und internationale Wettbewerbsfähigkeit wurde auch durch die intensiv diskutierte Studie *Education & Croissance* (Bildung und Wachstum) (Aghion/Cohen 2004) bekräftigt. Die einflussreichen Wirtschaftswissenschaftler argumentierten, dass das französische Bildungssystem stark auf die Wirtschaftsstruktur der Vergangenheit ausgerichtet sei und deshalb die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten ca. 20 Jahre „verschlafen“ habe (siehe auch Schraeder 2008: 6). Die französische Wirtschaft lebe, so die Einschätzung der Autoren, von technischen Innovationen, aber die Hochschulen würden mit solchen Entwicklungen nicht Schritt halten. Im Einklang mit der Lissabon-Strategie plädieren die Autoren dafür, massiv in Forschung und Bildung zu investieren (Aghion/Cohen 2004).

Diese gebündelten Faktoren – d.h. die Setzung von internationalen Standards durch den Bologna-Prozess, internationale Leistungsvergleiche und der dadurch ausgelöste Diskurs (*discourse dissemination*) um internationale Wettbewerbsfähigkeit – führten zur Entstehung eines gesellschaftlichen Konsenses über die Notwendigkeit von weiteren Reformen. Dabei wurde betont, dass die neuen Abschlusstrukturen und mehr Geld für die Universitäten alleine nicht ausreichen würden. Vielmehr müsse das Land neue Steuerungsinstrumente entwickeln, um Exzellenz im Studium, in Wissenschaft und Forschung zu fördern und dabei die internationale Sichtbarkeit (*visibilité internationale*) des Systems zu erhöhen (Aust/Crespy 2009: 23).

Parallel zur Umsetzung der LMD-Strukturreform hat das Bildungsministerium weitere Reformen befürwortet, die nicht nur als Reaktionen auf Internationalisierungsprozesse zu verstehen sind, sondern auch als Fortsetzung eines langjährigen und relativ kontinuierlichen Entwicklungsprozesses an französischen Universitäten interpretiert werden können (Musselin 2001; 2009). Erstens hat das Bildungsministerium eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die strukturelle Konvergenz zwischen *universités* and *grandes écoles* zu fördern. Die *grandes écoles* bekamen mit dem Ausbau ihrer Forschungsaktivitäten und der Einrichtung von Forschungsprofessoren einen stärkeren akademischen Charakter. Auf die Universitäten wurde Druck ausgeübt, selektivere akademische Programme und berufsorientierte Lehrpläne einzuführen. Zweitens versuchte das Ministerium, mit der bisherigen Tradition der staatlichen Kontrolle bei Lehrplänen und

Studiengängen zu brechen, und den Universitäten mittels der *politique contractuelle* eine größere pädagogische Autonomie zu gewähren. Beispielsweise überlies das Ministerium den Hochschulen die inhaltliche Planung der neuen Masterprogramme und distanzierte sich dabei vom Prinzip der inhaltlichen Gleichheit aller akademischer Programme und Abschlüsse (*Musselin 2009: 192*).

### 3.3 Zwischenbilanz der hochschulpolitischen Reformen

Zurückgreifend auf die Klassifikationen von Clark (1983), Olsen (2007) und Dobbins/Knill (2009), die zwischen staatszentrierter Steuerung, akademischer Selbstverwaltung (Humboldt-Modell) und angelsächsischen marktorientierten Hochschulsystemen unterscheiden, lässt sich für Frankreich in diesem Zeitraum (ca. 2004–2007) eine komplexe „multidirektionale“ Entwicklung feststellen. Einerseits macht sich mit der Übertragung von unternehmerischen Steuerungskompetenzen auf die Hochschulen und der zunehmenden internationalen Wettbewerbsorientierung eine Annäherung an angelsächsische Modelle bemerkbar. Doch im Einklang mit der dirigistischen Tradition Frankreichs wird der Reformprozess nach wie vor stark vom Staat gesteuert. Dabei fungiert der Staat immer noch als „System-Designer“. Mit anderen Worten: Die Internationalisierung des Hochschulwesens kann nicht ohne weiteres mit dessen Dezentralisierung gleichgesetzt werden, da ohne staatliche Reformimpulse die stärkere Marktorientierung als weniger wahrscheinlich erscheint.

Zugleich lässt sich allerdings in diesem Zeitraum auch eine intensivere Orientierung französischer Hochschulen am Humboldtschen Ideal erkennen. Besonders nennenswert in diesem Zusammenhang ist das neue Forschungsförderungsgesetz *Loi de programme pour la recherche* (2006), das eine massive Erhöhung der Forschungsmittel für Universitäten auf 24 Milliarden Euro bis 2010 vorsieht, d. h. 3 Prozent des BIP. In diesem Zusammenhang wurde die *Agence Nationale de la Recherche* (ANR) als staatlicher Forschungsrat eingerichtet und damit beauftragt, Forschungsmittel zu verwalten, während die ebenfalls neu eingerichtete *Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur* (AERES) mit der Evaluierung der Hochschulen und Forschungsinstitute im Hinblick auf ihre Forschungsleistungen beauftragt wurde (*Musselin/Paradeise 2009: 37*). Statt am bisherigen *peer review*-Verfahren festzuhalten, sollen die Forschungsleistungen einzelner Akademiker anhand von bibliometrischen Kriterien (d. h. *impact factors*) evaluiert werden.

Mit dem expliziten Ziel, die internationale Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit französischer Hochschulen und Forschung zu erhöhen und mit internationalen Standards mitzuhalten (*MESR 2010*), fördert das Ministerium außerdem seit 2006 die Schaffung von *pôles de recherche et d'enseignement supérieur* (PRES). Die „pôles“ verstehen sich als lokale Gruppierungen von Hochschuleinrichtungen, denen mit

staatlicher Unterstützung die Möglichkeit gewährt wird, ihre Kräfte zu bündeln und ein umfassenderes, kohärenteres und transparenteres Angebot an Forschungs- und Bildungsdienstleistungen zu entwickeln (*MESR 2010*). Zudem haben unterschiedliche Hochschuleinrichtungen die Möglichkeit, Finanzmittel zusammenzulegen, *Start-up-Firmen* zu gründen und Partnerschaften mit öffentlichen Behörden und privaten Unternehmen zu entwickeln (*Aust/Crespy 2009*). Damit ist ersichtlich, dass die institutionelle Trennung der bisher vorwiegend praxisorientierten Hochschulbildung und der wissenschaftlichen Forschung zunehmend ausgehöhlt wird.

### 3.4 Die Pécresse-Reformen

Mit der Amtsübernahme Nicolas Sarkozys im Jahre 2007 wurden weitere Reformen im Hochschulbereich zur obersten Priorität der Regierungspolitik erklärt. Dabei können zwei Schlüsselfaktoren als treibende Kräfte für die intensive Fortsetzung des Reformkurses gelten: der zunehmend wahrgenommene internationale Wettbewerbsdruck angesichts der neuen Vergleichsmaßstäbe, und der immer stärkere transnational geförderte Diskurs um die Leistungsfähigkeit französischer Hochschulen. Wenige Wochen nach dem Wahlsieg Sarkozys wurde im April 2007 das Ministerium für Hochschulbildung und Forschung (*Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche – MESR*), welches zwischen 1981 und 2007 in das Nationale Bildungsministerium (*Ministère de l'Education Nationale*) eingegliedert war, neu ins Leben gerufen und Ministerin Valérie Pécresse die Verantwortung für weitergehende Hochschulreformen übertragen. Interessant ist der explizite Bezug zu internationalen Leistungsvergleichen im *Lettre de mission*, einer Art Auftragsbeschreibung vom Staatspräsidenten Sarkozy an Ministerin Pécresse (Sarkozy 2007). Der Staatsoberhaupt betont nicht nur, dass sich Frankreich in einem globalen Kampf um Intelligenz befinde („*bataille mondiale de l'intelligence*“) und deshalb weitere Reformen im Hochschulsystem dringend notwendig seien, sondern schreibt auch seiner Ministerin ein sehr klar definiertes Ziel vor: die Ergebnisse französischer Hochschulen in internationalen Leistungsvergleichen zu erhöhen. Konkret sollen mindestens zwei französische Hochschulen in den nächsten Jahren zu den 20 besten der Welt und mindestens zehn Hochschulen zu den 100 besten der Welt gehören (Sarkozy 2007). Darüber hinaus solle Frankreich bis 2012 über die besten Universitäten Europas verfügen (*Protocole cadre 2007*).

Dabei stellt der Staatspräsident die Hypothese auf, dass der Erfolg der Hochschulen direkt mit ihrem Grad an Autonomie korreliere (Sarkozy 2007; siehe Estermann/Nokkala 2009). Das Savary-Gesetz von 1984, welches immer noch den Rahmen für französische Universitäten bildete, wurde angesichts des internationalen Wettbewerbs als schweres Hindernis für die Universitäten bei der selbständigen Entwicklung moderner Führungsstrukturen sowie langfristiger Strategien gesehen. Das im Sommer 2007 verabschiedete *Loi relative aux libertés et responsabilités des universités* (auch LRU

oder *Pécresse*-Gesetz genannt) brachte bedeutende Veränderungen mit sich. Schon in der Politikformulierungsphase machte sich eine neue Steuerungsstrategie des Staates bemerkbar: Das neue Ministerium distanzierte sich vom klassischen hierarchischen Politikformulierungsmuster und verfolgte stattdessen einen eher korporatistischen Ansatz durch die starke Einbindung diverser sozialer Partner und Studierendenvertretungen. Während der Verhandlungen kam das Gleichheitsethos stark zum Vorschein und begründete einen starken Widerstand gegen einzelne Komponenten des Gesetzes, die als Angriff auf die Chancengleichheit interpretiert wurden. Beispielsweise sollte das ursprüngliche Reformkonzept den Universitäten ermöglichen, ihre Masterstudierenden frei auszuwählen und Studiengebühren einzuführen, was jedoch starken Widerstand seitens der Studierenden und Gewerkschaften hervorrief (*McKenzie 2009: 6*).

Außerdem schlug Sarkozy eine selektivere staatliche Finanzierung vor, welche diejenigen Studiengänge begünstigen würde, die tatsächlich zu einer Beschäftigung ihrer Absolventen führen. Auch die Konzentration starker Entscheidungsbefugnisse in den Händen des Universitätspräsidenten wurde seitens der Reformskeptiker heftig kritisiert, da diese vermeintlich den Weg in den „akademischen Kapitalismus“ ebnet und die Rolle des Staates als „Schutzmacht“ der Hochschulen aushöhlen würde (*Le Monde 2007*). Mit dem Ziel, eine weitergehende Autonomie der Universitäten zu verhindern, bildete sich das so genannte *Collectif contre l'autonomie des universités*, welches im Sommer 2007 landesweite Studierendenproteste organisierte. Dabei wurden Befürchtungen geäußert, dass das Gesetz nicht nur zu einem qualitativ stark differenzierten Hochschulsystem führen würde, sondern auch zur Privatisierung der Universitäten, was zur Folge hätte, dass diese nicht mehr im Dienste der Öffentlichkeit handeln würden (*Le Monde 2008*).

Trotz des Widerstandes konnte das Ministerium ein etwas verwässertes Gesetz verabschieden. Dabei musste die Hochschulministerin den Reformskeptikern zusichern, dass das Gesetz nicht zur Einführung von Studiengebühren und zu einer selektiveren Zulassungspolitik führen würde, da diese beiden Reformvorschläge nach Auffassung der protestierenden Studierenden dem Gleichheitsideal besonders abträglich wären (*McKenzie 2009:56*). Das endgültige Gesetz setzte sich zum Ziel, Universitäten attraktiver zu machen („*rendre l'université attractive*“), die „gelähmten“ universitären Steuerungsstrukturen zu modernisieren („*sortir de la paralysie de la gouvernance actuelle*“) und die französische universitäre Forschung auf internationalem Niveau sichtbar zu machen („*rendre la recherche universitaire visible à l'échelle internationale*“) (*MESR 2007*). Im Einklang mit Forderungen der OECD und der Weltbank (*OECD 2004*) sowie als Zugeständnis an die streikenden Studierenden und Universitätsangehörige wurden



die staatlichen Finanzmittel für die Universitäten massiv aufgestockt<sup>13</sup>, wobei diese wesentlich mehr Autonomie bei der Verwendung der Mittel erhielten. Im Gegensatz zur bisher stark zweckgebundenen Vergabe werden die staatlichen Finanzmittel im Rahmen der Vierjahresverträge (*contrats quadrienniaux*) nur noch in drei Kategorien eingeteilt – laufende Kosten, Personalkosten und Investitionskosten –, so dass man jetzt zum ersten Mal von Globalhaushalten (siehe *Jongbloed 2003*) sprechen kann (*LRU 2007: Art. L. 712-9*). Zusätzlich erhalten die Universitäten eine größere Unabhängigkeit bei der Stellenplanung und bei der Verwaltung ihrer Personalhaushalte. Beispielsweise dürfen ohne staatliche Genehmigung neue Personalstellen geschaffen und Verträge verhandelt werden, die nicht mehr an staatlich festgelegte Tarife gebunden sind.<sup>14</sup>

### **Das neue universitäre Steuerungsmodell**

Ein besonders wichtiger Aspekt des Gesetzes ist die Neuordnung der internen Organisationsstrukturen der Universitäten. Zum einen müssen die Universitäten künftig Grundordnungen (*statuts*) eigenständig entwickeln, die im Einklang mit dem neuen Gesetz stehen. Zum anderen wird den Universitäten vom Staat ein neues internes Steuerungsmodell „aufoktroiert“. Kernstück der Reform der „*gouvernance de l’université*“ ist die Verkleinerung des bisher aus ca. 60 Personen bestehenden Verwaltungsrates (*conseil d’administration*), um die eigenständige unbürokratische Handlungskapazität der Universität zu gewährleisten. Dabei schreibt das Gesetz relativ genau vor, wie der Rat auszusehen hat: Er soll zwischen 20 und 30 Mitglieder umfassen, wovon ca. 40 Prozent forschende Hochschuldozenten (*enseignants-chercheurs*) sein sollen. Der Rat soll außerdem zu etwa einem Drittel aus externen Partnern bestehen, wovon mindestens einer Leiter eines führenden Wirtschaftsunternehmens sein und ein weiterer Vertreter aus dem sozioökonomischen Umfeld stammen soll, während zwei oder drei weitere Mitglieder Vertreter der regionalen Verwaltung sein sollen. Die anderen Mitglieder sollen aus den Reihen der Studierenden (etwa ein Fünftel) und den Verwaltungsangestellten (etwa ein Zehntel) stammen (*LRU 2007: Artikel 7*).<sup>15</sup>

Im Rahmen der LRU-Reform werden auch die Kompetenzen des Hochschulpräsidenten gestärkt. Bisher galt im Hinblick auf die Machtbefugnisse des Präsidenten – ähnlich wie beim deutschen Rektor – das Prinzip *primus inter pares* (erster unter gleichen), was seine eigenständige Handlungskapazität deutlich einschränkte. Der Präsident/die

---

<sup>13</sup> Die Finanzmittel wurden zum Teil durch den Verkauf von EDF-Aktien (*Énergie de France*) aufgebracht (*Schraeder 2008: 10*). Insgesamt wurden die staatlichen Ausgaben für die Universitäten um 50 Prozent erhöht (von 10 auf 15 Milliarden).

<sup>14</sup> Dennoch bleibt die Personalautonomie französischer Universitäten im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern relativ eingeschränkt, da der Staat nach wie vor die Einrichtung und Bezahlung von Beamtenstellen kontrolliert sowie die Zulassung der Kandidaten national organisiert (*Schraeder 2008: 7–8*).

<sup>15</sup> Auf den deutschen Kontext übertragen würde diese Entwicklung in etwa einer Zusammenführung des akademischen Senats und der neu eingerichteten Hochschulräte entsprechen, was derzeit in Deutschland nicht angedacht ist (*Schraeder 2008: 7*).

Präsidentin wird nunmehr mit einer absoluten Mehrheit für eine Amtszeit von vier Jahren von den Mitgliedern des *conseil d'administration* gewählt (*LRU 2007: Artikel 6*), d. h. auch mit Beteiligung externer Partner. Kraft des neuen Gesetzes ist er/sie nicht nur für die Durchführung der mit dem Ministerium beschlossenen Verträge (*contrats quadrienniaux*) zuständig, sondern auch für die Vertretung der Universität gegenüber Dritten sowie für die Überwachung von Ausgaben und Einnahmen aus staatlichen und privaten Quellen. Mit der Stärkung der exekutiven Steuerungskapazität der Hochschulleitung folgt Frankreich zunehmend dem Politikmuster angelsächsischer marktorientierter Modelle, in denen diverse akademische und administrative Entscheidungskompetenzen auf die universitäre Leitungsebene verlagert werden. Auffällig im französischen Falle ist jedoch die Machtkonzentration in den Händen eines einzelnen Akteurs. Der Präsident bzw. die Präsidentin hat die Möglichkeit, eigenständig Personal befristet oder unbefristet einzustellen und Lohnzuschläge an Angestellte der Universität auszuzahlen (*Artikel 19 – LRU*). Darüber hinaus verfügt er bzw. sie sogar über ein Vetorecht bei der Rekrutierung und Einstellung von Personal.

Trotz seiner relativ schnellen Umsetzung an den einzelnen Universitäten (*Le Monde 2008*) bleibt das Gesetz nach wie vor umstritten, da seitens der Studierenden befürchtet wird, dass die stärkere universitäre Autonomie mit der Vernachlässigung der Universitäten durch den Staat einhergeht, und dass die stärkeren Synergien mit der Privatwirtschaft das Eindringen neoliberaler Prinzipien in das Hochschulsystem ermöglichen werden. Zugleich wird die Machtverschiebung hin zum Universitätspräsidenten von diversen Vertretern der akademischen Gemeinschaft als neue Form des „akademischen Feudalismus“ interpretiert, der die Mitbestimmungsrechte der forschenden Akademiker aushöhlen könnte (*Jourde 2008*). Dagegen drücken einige Universitätspräsidenten ihren Unmut über den Ausbau staatlicher Evaluations- und Qualitätskontrollmechanismen aus. Während das Ministerium betont, dass der Staat nicht mehr daran interessiert sei, zentralisierte Kontrolle über die Universitäten auszuüben, sondern eher daran, vertragsbasierte und zielgerichtete Partnerschaften mit den Universitäten einzugehen, sprechen einige Universitätspräsidenten von einer Intensivierung staatlicher Interventionen in Forschungsinhalte (*Le Monde 2008*). Dabei wird klar, dass das komplizierte Zwischenspiel zwischen universitärer Autonomie und staatlicher Steuerung noch auf wackligen Beinen steht und ein entscheidendes Thema der nächsten Jahre bleiben wird.

#### 4 Ergebnisse

Im theoretischen Erklärungsmodell wurde von einer mäßigen Reaktion auf Internationalisierungsprozesse ausgegangen. Einerseits bestehen aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse und Machtkonzentrierung günstige Voraussetzungen für staatliches Handeln. Andererseits herrscht in Frankreich eine tiefverankerte Skepsis gegenüber

Politiken, die möglicherweise die Leitidee der *égalité* beeinträchtigen könnten. Wie gezeigt wurde, kommt zusätzlich die Gefahr landesweiter Streiks als erschwerender Faktor hinzu.

Insgesamt befindet sich die französische Hochschulpolitik in einem Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Wandel. Einerseits lässt sich ein allmählicher Wandel hin zu mehr Autonomie und Wettbewerb feststellen, der in den letzten zehn Jahren durch Internationalisierungsprozesse wie den Bologna-Prozess sowie durch das unterdurchschnittliche Abschneiden bei internationalen Leistungsvergleichen intensiviert wurde. Andererseits hat das Festhalten an der bildungspolitischen Leitidee der Chancengleichheit in vielen Fällen die Reformdynamik ausgebremst. So können die Universitäten nach wiederholten Versuchen erst seit der Pécresse-Reform als autonom und unternehmerisch handelnde Akteure gelten. Es wurde gezeigt, dass der Zentralstaat im Reformprozess eine etwas paradoxe Rolle spielt. Einerseits wird der Staat von Studierenden und linksorientierten politischen Kräften nach wie vor als Garant und Schutzmacht des republikanischen Prinzips der Chancengleichheit gesehen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung des Politikfeldes versteht sich der Staat andererseits immer mehr als treibende Kraft für eine stärkere Marktorientierung und die Nachahmung internationaler *best practices*, wie z. B. leistungsorientierte Finanzierung, qualitative Differenzierung, unternehmerische Steuerung. Die Beharrlichkeit sowohl auf Seiten der reformorientierten politischen Elite als auch der Reformgegner führte in den letzten Jahren zu einer *stop and go*-Politik, die trotz aller Widerstände bedeutende Veränderungen sowohl im Hinblick auf die Rolle des Staates als auch im internen universitären Kontext hervorrief. Dabei kann konstatiert werden, dass der Politikwandel etwas stärker als erwartet ausfiel und dass IO-Governance einen entscheidenden Einfluss auf alle drei Kerndimensionen von Politik – *politics*, *polity* und *policy* – ausübte.

### **Politics:**

Im Hinblick auf den politischen Prozess macht der Staat nach wie vor Gebrauch von seinen traditionellen interventionistischen Steuerungsinstrumenten. Die Umstrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre, wie beispielsweise die Konvergenz von *grandes écoles* und Universitäten, die Zusammenführung regionaler Hochschulen, die Einrichtung von *pôles de recherche* sowie die Übertragung größerer Verwaltungskompetenzen an die Universitäten waren weniger das Ergebnis akademischer *grassroots*-Bewegungen als vielmehr die Folge einer gezielten zentralstaatlichen Politik. Mit anderen Worten: Der Zentralstaat funktioniert nach wie vor als „Pilot“ eines zunehmend markt- und wettbewerbsorientierten Hochschulsystems (Aust/Crespy 2009), das durch ein neues Mosaik an Strukturen gekennzeichnet ist. Im Hinblick auf den neuen Politikstil sprechen Aust und Crespy (2009) von einer Neukonfigurierung des staatlichen Einflusses („*réconfiguration de l'influence étatique*“), wobei der Staat nunmehr eine

neue „polyzentrische“ Politik der wechselseitigen verhandlungs- und konsensorientierten Politikoptimierung durch die Einbindung eines breiteren Spektrums an Akteuren (vor allem Hochschulpräsidenten, regionale Vertreter, unabhängige Qualitätssicherungsorgane) verfolgt.

**Polity:**

Was die Institutionen, Strukturen und Normen (*polity*) anbelangt, sind diverse Entwicklungen zu erkennen, die sich in hohem Maße auf Internationalisierungsprozesse zurückführen lassen. Erstens kann die Wiederherstellung des Hochschul- und Forschungsministeriums (MESR) als Indiz für die zunehmende Bedeutung gelten, die der Wissenschaft und Forschung beigemessen wird. Zweitens wurde im Rahmen der Analyse deutlich, dass der Staat weniger darauf bedacht ist, einheitliche Lösungen im gesamten Land umzusetzen und sich von der Rhetorik der „*égalité des universités*“ verabschiedet. Dabei kommt es einerseits zu einer Differenzierung der Hochschullandschaft durch die in den Vier-Jahres-Verträgen festgelegten unterschiedlichen Zielvorgaben für Hochschulen. Hinzu kommt das neue Instrument der selektiven staatlichen Finanzierung, die eine weitere Differenzierung der Hochschulen im Hinblick auf Qualität und inhaltliche Schwerpunkte hervorruft. Die größeren Selbstverwaltungskapazitäten der Universitäten ermöglichen es ihnen außerdem, eigene Strategien und Profile sowie Partnerschaften mit wirtschaftlichen Akteuren zu entwickeln. Um die internationale Transparenz des französischen Hochschulwesens zu erhöhen, kam es andererseits zu einer Vereinfachung wesentlicher Aspekte der Hochschullandschaft. Zum einen wurden die Hochschulabschlüsse an die Bologna-Standards angepasst und mit dem Master ein neuer international kompatibler Abschluss geschaffen. Auch die staatlich geförderte Verschmelzung unterschiedlicher örtlicher Hochschuleinrichtungen stellt eine wesentliche strukturelle Veränderung dar und soll die Bündelung von wissenschaftlichen Kompetenzen und institutionellen Kapazitäten ermöglichen. Darüber hinaus hat der Bologna-Prozess nicht nur eine neue Qualitätssicherungsinstitution inspiriert (AERES), sondern auch neue Normen für die Sicherung der Qualität von akademischen Dienstleistungen (z. B. externe Evaluation, bibliometrische Indikatoren, internationale Beteiligung usw.) hervorgebracht.

**Policy:**

Betrachtet man die Reformen der letzten Jahre auf der *Policy*-Ebene in ihrer Gesamtheit, so ergibt sich ein etwas widersprüchliches Bild. Einerseits gibt es Anzeichen zunehmender staatlicher Steuerung, wie etwa die staatliche Evaluation von Forschungsleistungen und vor allem die staatliche Verordnung neuer universitärer Verwaltungsstrukturen (*conseil d'administration*). Andererseits wird insbesondere mit der LRU-Reform die eigenständige Handlungskapazität einzelner Hochschulen massiv verstärkt. Dieses neu konfigurierte Verhältnis zwischen den Hochschulen und dem

Staat bricht mit der historischen Tradition bürokratischer und prozeduraler Kontrolle durch das Ministerium. Stattdessen versucht der Staat, mit einer leistungsorientierten und selektiveren Politik die Universitäten dazu zu ermächtigen, eigene Strategien zur Erhöhung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Sichtbarkeit zu entwickeln. Trotz der Abkoppelung der Universitäten von der staatlichen Kontrolle und der stärkeren Profilierung einzelner Hochschulen wurde auch gezeigt, dass sich Frankreich nicht ganz von der Leitidee der *égalité* verabschiedet hat, sondern vielmehr versucht, diese mit dem Leistungsprinzip und der neuen Leitidee von Bildung als Humankapital und Wachstumsfaktor (Aghion/Cohen 2004) strategisch zu kombinieren. Beispielsweise bleibt die Finanzierungsgrundlage der Hochschulen nach wie vor stark staatszentriert. Zwar dürfen Universitäten infolge der LRU-Reform eigene Mittel einwerben und Stiftungsprofessuren einrichten, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Staaten wurden aber keine weiteren Studiengebühren eingeführt. Mit der Aufstockung der Finanzmittel für unterfinanzierte Universitäten und der staatlich geregelten Zulassungspolitik wird der Leitidee der *égalité* weiterhin Rechnung getragen.

Im Hinblick auf die internen und externen Faktoren, die die französische Hochschulpolitik der letzten Jahre geprägt haben, wurde deutlich, dass Internationalisierungsprozesse für die Richtung und Geschwindigkeit der Reformen entscheidend waren. Zwar ist die Feststellung der genauen kausalen Mechanismen für den Politikwandel eine schwierige Herausforderung, aber die vielen Verweise der reformorientierten politischen Elite auf den internationalen Wettbewerb sowie auf das unterdurchschnittliche Abschneiden französischer Hochschulen bei internationalen Leistungsvergleichen deuten darauf hin, dass diese Faktoren der französischen Hochschulpolitik eine neue Dynamik verliehen haben. Dabei kann konstatiert werden, dass drei zentrale *IO-Governance*-Mechanismen für den Reformkurs von zentraler Bedeutung waren: die hochschulpolitischen Koordinationsaktivitäten auf EU-Ebene, die Setzung gemeinsamer transnationaler hochschulpolitischer Standards sowie die Entwicklung eines Diskurses über die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Durch den Sorbonne-Prozess wurde eine neue europäische Koordinationsplattform zur Setzung gemeinsamer Standards etabliert – zunächst mit dem Ziel einer größeren Kompatibilität der einzelnen nationalen Hochschulsysteme. Mit dem eng verflochtenen Lissabon-Prozess entstand dann ein neuer Diskurs um die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten sowie ein neuartiges Verständnis von Bildung als Humankapital, das in Frankreich durch die einflussreiche Studie von Aghion/Cohen (2004) weiter beflügelt wurde. Der endgültige Anstoß für Reformen im Bereich der Hochschulsteuerung kann vor allem auf das unterdurchschnittliche Abschneiden Frankreichs in nahezu allen internationalen Rankings zurückgeführt werden. Diese neue Form des hochschulpolitischen *standard setting* hatte zur Folge, dass sich das „Mithalten“ mit der internationalen Konkurrenz als neues Leitmotiv der französischen Hochschulpolitik etablierte, was in eine Reihe wesentlicher Reformen der universitären Steuerung mündete.

Dabei muss jedoch betont werden, dass es sich bei den Reformen nicht um eine vollständige Neuausrichtung des Hochschulwesens handelt, sondern um die Fortsetzung und Intensivierung eines Trends zu mehr Autonomie und einer stärkeren Wettbewerbsorientierung, für die die Grundsteine bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren gelegt wurden (*Musselin 2001*). Trotz der geringen Zahl an Veto-Spielern erwies sich der Reformprozess als langwierig und nur dann möglich, wenn Akteuren, die eine übermäßige Liberalisierung und Diversifizierung des Hochschulwesens befürchteten, Zugeständnisse gemacht wurden. Insofern lassen sich die hochschulpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre am besten als pfadabhängiger Politikwandel charakterisieren, bei dem versucht wird, das Hochschulwesen an die Erfordernisse der Wissensökonomie des 21. Jahrhunderts anzupassen, ohne das kulturelle Gleichheitsethos zu beeinträchtigen.

## Literatur

*Abromeit, Heidrun; Stoiber, Michael (2006):* Demokratien im Vergleich: Einführung in die vergleichende Analyse politischer Systeme. Wiesbaden: VS Verlag.

*Aghion, Philippe; Cohen, Élie (2004):* Education et Croissance. Paris: La documentation française.

*Aust, Jérôme; Crespy, Cécile (2009):* Napoléon renversé? Institutionnalisation des Pôles de recherche et d'enseignement supérieur et réforme du système académique français, In : *Revue française de science politique* 59(5): 915–938.

*Baty, Phil (2010 ):* La France témoigne d'une véritable foi en son enseignement supérieur, In: *Le Monde* 17.09.2010.

*Baudelot, Christian; Establet, Roger (2009):* L'Élitisme Républicain. L'école française à l'épreuve des comparaisons internationales. Seuil: Paris.

*Chevallier, Thierry (2001):* French Academics: Between the professions and the civil service, In: *Higher Education* 41(1): 49–75.

*Chevallier, Thierry (2007):* The Changing Role of the State in French Higher Education, In: *Westerheijden, Don; Schwarz, Stefanie (Hrsg.) Accreditation and Evaluation in the European Higher Education Area*. Dordrecht: Springer.

*Clark, Burton (1983):* The Higher Education System. Berkeley: University of California Press.

*Dalsheimer, Nadine; Despréaux, Denis (2008) :* Les classements internationaux des établissements d'enseignement supérieur, In : *Éducation et Formations*. No. 78.

*Dobbins, Michael; Knill, Christoph (2009):* Hochschulpolitik in Mittel- und Osteuropa: Konvergenz zu einem gemeinsamen Modell? In: *Politische Vierteljahresschrift*, 50(2), S. 226–252.

*Edwards, Arthur; Hupe, Peter (2000):* France: A strong state, towards a stronger local democracy?, In: Daeman, Harry; Schaap, Linze (Hrsg.), *Citizen and city. Developments in fifteen local democracies in Europe*, Delft, S. 129–144.

*Estermann, Thomas; Nokkala, Terhi (2009):* University Autonomy in Europe. Exploratory Study. Brussels. European University Association.

*Frigout, Gweltaz (2003):* Les réformes universitaires de Ferry, In: *Démocratie et Socialisme* <http://www.democratie-socialisme.org/spip.php?article309>

*Friedberg, Erhard; Musselin, Christine (1993):* L'Etat face aux universités. Paris: Anthropos.

*Hazelkorn, Ellen (2011):* Rankings and the Reshaping of Higher Education. Basingstoke: Palgrave.

*INRP – Institut Nationale de la Recherche Pédagogique (2005):* 'L'Enseignement Supérieur sous le Regard des Chercheurs', [http://ife.ens-lyon.fr/vst/DS-Veille/Dossier\\_enseignement\\_superieur.pdf](http://ife.ens-lyon.fr/vst/DS-Veille/Dossier_enseignement_superieur.pdf) (Zugriff 8. Oktober 2011)

*Ismayr, Wolfgang (1997):* Die politischen Systeme Westeuropas im Vergleich, In: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen, S. 9–52.

*Jongbloed, Ben (2003):* Institutional funding and institutional change, In: File, Jon; Goedegebuure, Leo (Hrsg.): *Real-Time Systems – Reflections on Higher Education in the Czech Republic, Hungary, Poland, and Slovenia*. CHEPS, University of Twente, Enschede, S. 115–146.

*Jourde, Pierre (2008):* L'université féodale de demain, In: *Le Monde Diplomatique*. April 2008.

*Kaiser, Frans (2007):* Higher Education in France: Country Report. International Higher Education Monitor. Twente: CHEPS.

*Katzenstein, Peter (1976):* International Relations and Domestic Structures: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, In: *International Organization* 30(1): S. 1–45.

*Le Monde (2007):* Le mouvement de contestation dans les universités en cinq questions. 7.11.2007 (Zugriff 15. Oktober 2011).

*Le Monde (2008):* <http://www.sauvonsluniversite.com/spip.php?article597> – *Le Monde* 25.7.2008 (Zugriff 15. Oktober 2011).

*Martens, Kerstin; Wolf, Klaus Dieter (2006):* Paradoxien der Neuen Staatsräson. Die Internationalisierung der Bildungspolitik in der EU und der OECD, In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 13(2): S. 145–176.

*Martens, Kerstin (2007):* How to become an Influential Actor – the 'Comparative Turn' in OECD Education Policy, In: Martens, Kerstin; Rusconi, Alessandra; Leuze, Kathrin (Hrsg.): *New Arenas of Education Governance – The Impact of International Organisations and Markets on Educational Policymaking*, Houndmills, Basingstoke: S. 40–56.

*Martens, Kerstin; Rusconi, Alessandra; Leuze, Katrin (2007):* New Arenas of Education Governance – The Impact of International Organizations and Markets on Educational Policymaking. Houndmills, Basingstoke: Palgrave.

*Martens, Kerstin; Jakobi, Anja P. (2007):* Diffusion und Konvergenz durch internationale Organisationen: Der Einfluss der OECD in der Bildungspolitik, In: Politische Vierteljahresschrift, Heft 38, S. 247–270.

*Martens, Kerstin; Nagel, Alexander-Kenneth; Windzio, Michael; Weymann, Ansgar (Hrsg.) (2010):* Transformations of Education Policy. Baskingstoke: Palgrave.

*McKenzie, Zoe (2009):* Higher Education Reform in France: Some Lessons for the Australian Experience. Working Paper. Fondation pour l'Innovation Politique. Paris.

*MESR (2007):* Le projet de loi – Loi relative aux libertés et responsabilités des universités. <http://www.nouvelleuniversite.gouv.fr/-archives-le-projet-de-loi-.html> (Zugriff 15. Juni 2011).

*MESR (2010):* Les pôles de recherche et d'enseignement supérieur (PRES): une offre de formation et de recherche plus cohérente. <http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid20724/les-poles-de-recherche-et-d-enseignement-superieur-pres.html#creation-role-pres> (Zugriff 16. Juni 2011).

*Mignot-Gérard, Stéphanie (2003):* Who are the Actors in the Government of French Universities? *Higher Education*, Vol. 45(1): S. 71–89.

*Musselin, Christine (2001):* La longue marche des universités françaises. Paris: PUF.

*Musselin, Christine (2009):* Seeking Autonomy: French Universities Against the Jacobins, In: International Higher Education. August 2009.

*Musselin, Christine; Paradeise, Catherine (2009):* France: From Incremental Transitions to Institutional Change, In: University Governance: Western European Perspectives, hrsg. von Catherine Paradeise u. a., Dordrecht: Springer.

*OCDE (2004) :* Regards sur l'éducation. Paris: OECD.

*De Olano, Daniel; Knodel, Philipp; Martens, Kerstin; Popp, Marie. (Hrsg.) (2010):* Das PISA-Echo: Internationale Reaktionen auf die Bildungsstudie. Frankfurt, Campus.

*Olsen, Johan (2007):* The institutional dynamics of the European University, In: Peter Maassen and Johan Olsen (Hrsg.): University Dynamics and European Integration. Dordrecht: Springer.

*Protocole cadre en vue de la conclusion d'un Contrat national pour la réussite des universités (2007):* <http://www.gouvernement.fr/presse/le-premier-ministre-a-signe-le-protocole-cadre-pour-la-reussite-des-universites> (Zugriff 14. September 2011).

*Quinio, Paul (1998):* Pour financer le plan Université du troisième millénaire. Allègre compte sur les régions, In: Libération 3.12.1998. <http://www.liberation.fr/societe/0101264216-pour-financer-le-plan-universite-du-troisieme-millenaire-allegre-compte-sur-les-regions> (Zugriff 14. September 2011).



*Ravinet, Pauline (2007):* La genèse et l'institutionnalisation du processus de Bologne: Entre chemin de traverse et sentier de dépendance. Dissertation. CSO. Paris.

*Sarkozy, Nicolas (2007):* Lettre de Mission de M. Nicolas Sarkozy adressée à Mme Valérie Pécresse, 5.7.2007 – Pécresse 2007 <http://www.collectif-papera.org/spip.php?article601> (Zugriff 12. Januar 2011).

*Schraeder, Harald (2008):* Die Universitätsreform in Frankreich – ein gelungener Auftakt. Berlin. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

*Scott, Richard W.; Meyer, John W. (Hrsg.) (1994):* Institutional Environments and Organizations. Structural Complexity and Individualism, Thousand Oaks: Sage.

*Tsebelis, George (1995):* Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, In: British Journal of Political Science 25(3): S. 289–325

*Verger, Jacques (1973):* Les universités au moyen âge. Paris: PUF.

*Witte, Johanna (2006):* Change of Degrees and Degrees of Change: Comparing Adaptations of European Higher Education Systems in the Context of the Bologna Process. Dissertation. Universiteit Twente. CHEPS, Enschede.

**Anschrift des Verfassers:**

Dr. Michael Dobbins  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Universität Konstanz  
78457 Konstanz  
E-Mail: Michael.Dobbins@uni-konstanz.de

Michael Dobbins ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere Policy-Analyse und politische Theorie, von Professor Dr. Marius Busemeyer.